

Einbindung der Zivilgesellschaft in das politische System der EU: Bringschuld der EU, Holschuld der Bürger

Wieso ist die Einbindung der Zivilgesellschaft gerade jetzt so wichtig?

Europa bestimmt immer mehr unser Lebensumfeld. Schon heute gehen viele der nationalen Gesetze von Brüssel aus: wirtschafts-, umwelt-, energie- und wettbewerbspolitische Regelungen sowie Vorgaben für die nationalen Haushalte der EU-Mitgliedstaaten. Aber auch der Rahmen für die nationalen Innen- und Justizpolitiken wird häufig im Kreis der EU-Mitgliedstaaten festgelegt, und die Einbindung der Mitgliedstaaten in die internationalen Beziehungen wird – wo nicht in Brüssel koordiniert – so doch mit den EU-Partnern abgestimmt.

Es entspricht unserem **demokratischen Verständnis**, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess der „Europäisierung“ mitzunehmen und zu beteiligen. Die Einbindung der Zivilgesellschaft in das politische System der Europäischen Union stärkt die demokratische Legitimität europäischer Politik ganz erheblich und führt zu einer bürgernäheren Politik.

Viele denken dabei zuerst an die Rolle des Europäischen Parlaments sowie an die Mitwirkungs- und Kontrollrechte der nationalen Parlamente, in Deutschland also die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in Angelegenheiten der Europäischen Union.

In der Tat: Das Europäische Parlament hat mit dem Vertrag von Lissabon einen erheblichen Zuwachs an Mitwirkungsrechten erfahren. Und durch die Benennung von Spitzenkandidaten, wie dem Deutschen Martin Schulz und dem Luxemburger Jean-Claude Juncker, für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission bei den diesjährigen Europawahlen hat das Europäische Parlament seine Rolle weiter aufgewertet. Auch der Bundestag hat – zuletzt im Zuge der Schuldenkrise – seine Mitwirkungsrechte aktiv wahrgenommen.

Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass europafeindliche Parteien oder Bewegungen, die den Europäischen Integrationsprozess grundsätzlich in Frage stellen, in vielen Mitgliedstaaten einen erheblichen Zulauf erleben.

Unsere Schlussfolgerung daraus ist, dass wir noch mehr direkte Bürgerinformation und -beteiligung an EU-Themen realisieren müssen. Die bloße Stimmabgabe am Wahltag und die politische Mitwirkung mittels Volksvertreter genügen schon lange nicht mehr dem Mitbestimmungsbedürfnis der Menschen.

Notwendig ist die ständige Begleitung des Entstehens- und Verhandlungsprozesses europäischer Regulierungen und Abkommen durch bürgerschaftliches Engagement, und zwar von den ersten Sondierungen über den Kommissionsvorschlag bis zur abschließenden Behandlung im Ministerrat der EU und dem Europäischen Parlament. Nur durch kontinuierliche Einbindung der Zivilgesellschaft wird es gelingen, dem gewachsenen Informationsbedürfnis der breiten Bevölkerung für EU-Themen Rechnung zu tragen, für die Gestaltungskraft der europäischen Integration zu werben und der Europaskepsis den Boden zu entziehen.

Instrumente

Zu Recht ist die Forderung nach **Transparenz** in aller Munde. Die Europäische Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker hat schon in einer der ersten Sitzungen des neuen Kollegiums im November 2014 eine Transparenzinitiative beschlossen. Diese sieht u. a. eine systematische Informations- und Pressearbeit der Kommissare, die Offenlegung der Terminkalender der Spitze der Kommission und ein Register für Interessenvertreter vor. Aktiv ist die neue Kommission auch beim viel diskutierten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) geworden: Die Kommission wertet derzeit eine öffentliche Internetbefragung aus, in der sie über 150.000 Anregungen zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) erhalten hat. Das Verhandlungsmandat für TTIP wurde veröffentlicht und die Kommission hat zugesagt, auch den Verlauf der Verhandlungen mit den USA über das Abkommen kontinuierlich öffentlich zu dokumentieren.

Auch die Beratungen der Mitgliedstaaten im Rat sind in den letzten Jahren immer transparenter geworden. Dokumente des EU-Ministerrats sind schon jetzt im Internet einzusehen und nicht nur Parlamentsdebatten, sondern auch alle Legislativdebatten und viele andere Aussprachen des EU-Ministerrats werden live im Internet übertragen.

Ein weiteres Instrument der politischen Teilhabe ist die Europäische Bürgerinitiative, die mit dem Vertrag von Lissabon 2009 geschaffen wurde. Dieses Instrument ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern, die Europäische Kommission zu einem Gesetzesvorschlag aufzufordern. Hierzu bedarf es der Unterstützung einer Million europäischer Bürger in mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten (derzeit also mindestens sieben).

Die EU knüpft in ihrem Bestreben um mehr Transparenz an das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 an, in dem v. a. die Unionbürgerschaft und die Rechte der EU-Bürger thematisiert wurden. Sie nutzt die Informationsbüros der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in den Mitgliedstaaten.

Das Ziel, den Europäischen Bürger in den Mittelpunkt der europäischen Politik zu stellen, spiegelt sich insbesondere auch in den **inhaltlichen Schwerpunkten**, die sich die EU für die nächsten Jahre gesetzt hat: Das Investitionsprogramm, das der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker lanciert hat, stellt die Förderung von Wachstum und Beschäftigung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt, ein Thema, das die europäischen Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft.

Mit umwelt- und klimapolitischen Impulsen setzt die Europäische Union auch international Standards und sichert die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftens.

Zahlreiche EU-Programme kommen direkt dem Bürger zugute: Sehr bekannt ist das Erasmus-Programm, das den studentischen und akademischen Austausch fördert und in dessen Rahmen bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen in Europa Zuschüsse für einen Studienaufenthalt im Ausland erhalten sollen („Erasmus Plus“).

Über die vielen Vorteile, die der Europäische Binnenmarkt und die gemeinsame Währung für Reisende, Arbeitnehmer, Dienstleister und Unternehmen bieten, wird viel zu wenig gesprochen. Der Binnenmarkt hat die EU zur weltgrößten Wirtschafts-, Technologie- und Handelsmacht der Welt gemacht. Die EU schafft einen einheitlichen Rechts-, Friedens- und Freiheitsraum, der historisch einmalig ist.

Die Mitgliedstaaten unterstützen die Transparenzinitiative der Europäischen Kommission nach Kräften. In Deutschland gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen. Die Bundesregierung setzt sich für Transparenz im TTIP-Verhandlungsprozess ein, z. B. mit dem deutschlandweiten, überparteilichen Bürgerdialog „TTIP – Wir müssen reden!“, der interessierten Bürgerinnen und Bürgern ein Forum bietet, mit Sachverständigen über das Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA zu diskutieren.

Eine wichtige Rolle kommt Organisationen wie der Europa-Union oder der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) e. V. zu. Die EBD ist ein überparteilicher Zusammenschluss von über 200 Interessengruppen aus nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, die in regelmäßigen Informationsveranstaltungen über die aktuellen Entwicklungen in Brüssel aufklärt und z. B. über die Tagungen des Europäischen Rates und des Ministerrates informiert.

Die Bundesregierung in Berlin, insbesondere auch das **Auswärtige Amt** nimmt aktiv an der europapolitischen Kommunikation teil, u. a. mit dem Tag der offenen Tür oder der AA-Gesprächsreihe „Staatsminister im Dialog“.

Die Ständige Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union in Brüssel wendet sich in Hintergrundgesprächen mit Journalisten und Besuchergruppen (15.000 bis 20.000 Gäste in der Ständigen Vertretung pro Jahr!) direkt an die Öffentlichkeit.

Appell an den europäischen Bürger

„Frage nicht, was Europa für dich tun kann, frage vielmehr, was du für Europa tun kannst!“ Diese Überschrift des „Manifests für eine Neugründung Europas“ in Anlehnung an John F. Kennedy hat Bundespräsident Gauck bewogen, drei **Appelle an den europäischen Bürger** zu formulieren: „Erstens: Sei nicht gleichgültig! [...] Zweitens: Sei nicht bequem! [...] Drittens: Erkenne deine Gestaltungskraft!“

Die Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, betreffen uns alle. Wir, d. h. alle europäischen Bürgerinnen und Bürger, sollten uns dafür interessieren und die zahlreichen Informationsmöglichkeiten nutzen, um uns in die Prozesse einzubringen. Das heißt auch, an den Wahlen teilzunehmen, um mit unserer Stimme direkt zu beeinflussen, wer im Europäischen Parlament die Gesetzgebung mitgestaltet. Und wir sollten die Möglichkeiten nutzen, die die EU uns bietet, um selbst unmittelbar teilzuhaben und mitzugestalten – z. B. über eines der EU-Programme wie Erasmus Plus oder über die Europäische Bürgerinitiative.

Autor:

*Nach Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1978 war **Reinhard Silberberg** an den deutschen Botschaften in Dhaka und Guatemala auf Posten. Anfang der neunziger Jahre kam er zum ersten Mal an die Ständige Vertretung bei der EU nach Brüssel und ist seitdem im EU-Geschäft, zunächst in der Zentrale des Auswärtigen Amts für die EU-Regierungskonferenz*

(Amsterdamer Vertrag) und die Erweiterung der EU. 1998 wurde er Leiter der Gruppe Europapolitik im Bundeskanzleramt, später Leiter der Europaabteilung und europapolitischer Berater des Bundeskanzlers. Von 2006 bis Ende 2009 war Reinhard Silberberg Staatssekretär im Auswärtigen Amt, anschließend Deutscher Botschafter in Madrid. Seit September 2014 ist Botschafter Reinhard Silberberg Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel.

Kontakt: info@bruessel-eu.diplo.de

Weitere Informationen: www.bruessel-eu.diplo.de